



Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

IDA-Infomail
Nummer 4, September 2013, 14. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 5
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 7
Aktion, Information	S. 9
Literatur	S. 16
Seminare, Tagungen	S. 19
Impressum	S. 21

Editorial

Am 22. September 2013 findet die nächste Bundestagswahl statt. Unter den 34 zugelassenen Parteien finden sich auch rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien wie zum Beispiel die NPD, die Bürgerbewegung Pro Deutschland, die Rechte sowie die Republikaner.

Mit offen rassistischer Hetze gegen Sinti und Roma, geht die NPD in den Bundestagswahlkampf. In Mecklenburg-Vorpommern geht u. a. die Hetze der rechtsextremen Partei im Internet weiter. Der Landesverband mit den Spitzenkandidaten Udo Pastörs und Michael Andrejewski bieten einen hetzerischen Leitfaden zum Umgang mit Flüchtlingen zum Herunterladen, Ausdrucken und Verteilen. Bundesweit werden Flyer, Plakate, Aufkleber und Handzettel mit der Parole „Geld für die Oma statt für Sinti & Roma“ und „Sicher leben! Asylflut stoppen“ aufgehängt und schüren Resentiments gegen Migrant_innen im Allgemeinen und im Besonderen gegen Sinti und Roma. Der Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. - Landesverband Schleswig-Holstein hat Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der NPD bei der Staatsanwaltschaft Kiel wegen Volksverhetzung und Beleidigung (§§ 130, 185 StGB) gestellt.

www.sinti-roma-sh.de/templates/a4joomla-bridge-free/downloads/Stellungnahmen/prm_110913.pdf

Auch in anderen Bundesländern sorgte die Wahlwerbung der Partei bereits für Ärger. Mitarbeiter des Bauhofes von Bad Hersfeld hatten die NPD-Plakate, die auch an vielen anderen Orten in Hessen hängen, erst kürzlich abgehängt. Nun müssen die Plakate im Zuge einer einstweiligen Anordnung wieder aufgehängt werden. Der Grund: Das Verwaltungsgericht sieht keinen Straftatbestand erfüllt. Im Rahmen der Meinungsfreiheit müsse die Wahlwerbung hingenommen werden, heißt es laut Gerichtsbeschluss vom 9.10.2013. Volksverhetzung liege nicht vor. Die Stadt Hanau hatte ebenfalls NPD-Wahlplakate entfernt. Ob die Partei auch dagegen beim Verwaltungsgericht Frankfurt vorgehen wird, ist nicht bekannt, sagte eine Stadtsprecherin.

Diese Kampagnen wecken alte Erinnerungen an die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen 1992. Damals verteilte die Aktion „Rostock bleibt deutsch“ um den Ex-Hamburger Michael Andrejewski fast 100.000 Flugblätter - mit dem Appell: „Widerstand gegen die Ausländerflut“.

In wünsche anregende Informationen beim Lesen der Infomail.

Karima Benbrahim

IDA informiert:**VERANSTALTUNGEN****Salonfähig, trittsicher - Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in Europa
Herausforderung für Politische Bildung, Kirche und Zivilgesellschaft****Termin: 20.-21. September 2013****Ort: Arnoldshain**

Quer durch Europa feiern rechte Bewegungen Erfolge in Wahlen und an den Stammtischen. Bei aller Unterschiedlichkeit sind dabei viele Gemeinsamkeiten erkennbar: Rechtspopulist_innen und Rechtsextremist_innen machen sich Abstiegsängste der Menschen in einer globalisierten Welt zunutze. Sie berufen sich auf den „gesunden Menschenverstand“, inszenieren sich als Tabubrecher_innen und als Anti-Politiker_innen gegen das Establishment der „political correctness“. Ihre zentralen Themen sind die Ablehnung der europäischen Integration und die vermeintliche „Islamisierung Europas“. Hinter der so genannten Islamkritik tritt dabei auch in Deutschland offen anti-muslimischer Rassismus zu Tage. Nicht erst damit ist der Rechtspopulismus zu einer ernst zu nehmenden Herausforderung für die europäischen Demokratien geworden und gefährdet das friedliche Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund lädt die Evangelische Akademie Frankfurt gemeinsam mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit (IDA e.V.) vom 20. bis zum 22.09.2013 haupt- und ehrenamtliche Multiplikator_innen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, politischer Bildung, internationaler Jugendarbeit, Wissenschaft, Politik, Publizistik und ökumenischen Netzwerken zur Tagung „Rechtspopulismus und -extremis-

mus in Europa“ ein. Die Veranstaltung eröffnet die Möglichkeit, den Rechtspopulismus in seiner europäischen Dimension und in seiner Wechselwirkung mit rechtsextremistischen Bewegungen zu diskutieren, und bietet ein Forum zur Vernetzung und zur Entwicklung neuer Projekte und Initiativen.

Worauf gründet der Erfolg rechtspopulistischer Argumente und Bewegungen in Europa? Welche Dynamiken gibt es zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus? Wie

können politische Bildung, Kirche, ökumenische Netzwerke und Zivilgesellschaft reagieren?

Tagungsleitung

- Ole Jantschek, Studienleiter, Evangelische Akademie Frankfurt
- Karima Benbrahim, Referentin, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V. Düsseldorf (IDA)

Informationen und Anmeldung:

Evangelische Akademie Frankfurt (Arnoldshain)

Ole Jantschek

Am Eichwaldsfeld 3

61389 Schmitten

Tel: 0 60 84 / 95 98-0

Fax: 0 60 84 / 95 98-138

office@evangelische-akademie.de

www.evangelische-akademie.de/tagungen.html



IDA informiert:**Fachtag: „NSU-Morde - und alles bleibt so, wie es ist?“ - Gesellschaftliche und politische Konsequenzen aus den NSU-Morden für Jugendverbände und die rassismuskritische Bildungsarbeit**

Termin: 08. Oktober 2013

Ort: Hannover

Die Enttarnung der Zwickauer Neonazi-Zelle im November 2011 war in mehrerlei Hinsicht ein gesellschaftlicher und politischer Schock: Die Tatsache, dass die NSU die Morde begangen hat, war für die Ermittlungsbehörden und Beobachter überraschend, deckte Ermittlungsfehler und Vorurteilsstrukturen auf und stellte die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden grundsätzlich in Frage. Trotz der wichtigen Arbeit in Untersuchungsausschüssen sind wirksame politische Konsequenzen bisher kaum erkennbar und findet eine Diskussion über gesellschaftliche Folgen häufig ohne die Perspektive der Opfer sowie von Vereinen junger Migrant_innen und anderen Migrant_innenselbstorganisationen statt.

Für die Familien und das persönliche Umfeld der Opfer kam hinzu, dass sie über Jahre verhört und verdächtigt wurden, da ihnen eine Verbindung zu kriminellen Milieus unterstellt wurde. Darüber hinaus hat sich schleichend das Lebensgefühl

vieler - insbesondere türkeistämmiger - Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Lande verändert. Sie mussten realisieren, in ihrem Alltag potenzielle Opfer von Gewalttaten zu sein und von Ermittlungsbehörden quasi unter Generalverdacht gestellt zu werden.

Mindestens bis Ende 2014 wird uns der Münchner NSU-Prozess in der medialen Berichterstattung begleiten. Immer noch kommen laufend neue Fakten ans Tageslicht, die sich auch auf das Lebensgefühl und die Zugehörigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Verbände auswirken.

Auf unserem gemeinsamen Fachtag möchten wir der Frage nachgehen, welche gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen (Jugend-)Verbände und Migrant_innenselbstorganisationen aus den NSU-Morden ziehen und welche pädagogischen Konsequenzen sich für eine rassismuskritische Bildungsarbeit ergeben.

Programm, Dienstag, 08. Oktober 2013

10.30 Uhr: Ankommen, Anmeldung, Kaffee und Tee

11.00 Uhr: Begrüßung durch die Veranstalter

11.15 Uhr: Inhaltliche Einführung (Ansgar Drücker, IDA e. V.)

11.30 Uhr: Die Wahrnehmung der NSU-Morde in migrantischen Communities (Mehmet Ata, Journalist, ehemaliges Vorstandsmitglied des IDA e. V., Fulda)

12.30 Uhr: Aktuelle Eindrücke aus dem NSU-Prozess (Referent_in angefragt)

13.15 bis 13.45 Uhr: Mittagsimbiss

13.45: Drei parallele Workshops

Workshop 1 Unsicherheit und Bedrohung im Alltag:

Psychische und politische Wirkungen der NSU-Morde auf Menschen mit Migrationshintergrund (Hasret Karacuban, Grüne Musliminnen NRW, Köln)

Workshop 2 Vorurteile und Rassismus von staatlicher Seite und in den Medien:

Wie die Falschen verdächtigt werden konnten und warum das kein Zufall war - Diskussion gesellschaftlicher und politischer Konsequenzen (Mehmet Ata, Journalist, Fulda)

Workshop 3 Aus der Opferrolle heraus zu Politisierung und Empowerment:

Pädagogische und politische Reaktionen auf fehlende Teilhabechancen und Diskriminierungen (Halil Can, HAKRA-Empowerment, Berlin)

15.45 Uhr: Ausblick und Fazit

16.00 Uhr: Ende der Veranstaltung

Teilnahme:

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Die Anmeldung zum Fachtag sollte schriftlich erfolgen. Fahrtkosten können nicht erstattet werden.

Anmeldung:

Informations- und Dokumentationszentrum für

Antirassismuserbeit e.V. (IDA)

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-61

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

info@idaev.de

www.idaev.de/aktuelles/veranstaltungen/fachtag-nsu-morde.html

Tagungsort:

Freizeitheim Vahrenwald

Vahrenwalder Straße 92

30165 Hannover

Tel: 05 11/16 8-40 60 9

Fax: 05 11/16 8-43 86 5

Wegbeschreibung:

Bitte vom Hauptbahnhof (unterirdischer U-Bahnhof) mit der Stadtbahnlinie 1 (Richtung Langenhagen) oder 2 (Richtung Alte Heide) bis zur dritten Haltestelle „Dragonerstraße“ fahren; das Freizeitheim liegt direkt gegenüber der Haltestelle in Fahrtrichtung auf der rechten Seite.

IDA bei Facebook

Einfach auf Facebook unter „IDA e. V.“ den „Gefällt mir“-Button anklicken und aktuelle Informationen über das IDA und seine Aktivitäten erhalten.

www.facebook.com/idaev.de

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „TOLE-RANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“, „Initiative Demokratie stärken“ und „XENOS“ so-wie verschiedener Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für 14 Tage ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.



Brückner, Stefan: Kita-Beratung zur Demokratieförderung - gegen Rechtsextremismus (Hg. v. Landeskoordinierungsstelle Jugendstiftung Baden-Württemberg)

2013, 31 S., Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe, Broschüre

Der Umgang mit Kindern aus extrem rechten Familien in Kindertagesstätten und Kindergärten beschäftigt seit längerem Erzieher_innen und Eltern. Seien es neonazistische Symbole auf den Kleidern der Kinder, extrem rechte Eltern, die sich in der Elternarbeit einbringen oder Kinder, die beim Malen Hakenkreuze zeichnen: Es gibt viele Fälle und Beispiele, bei denen ein sensibler Umgang erforderlich ist.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5116&title=kita-beratung-zur-demokratief-rderung-gegen-rechtsextremismus



Arbeiterwohlfahrt Landesverband Schleswig-Holstein e. V. - AWO Interkulturell (Hg.): Alltägliche Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein 2012 - Ein befragungsbasierter Report

2012, 31/242 S., Bericht/Dokumentation, Broschüre, CD

Rassistische Diskriminierung gehört zum Alltag vieler Flüchtlinge, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Personen mit Migrationsgeschichte. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein, wo die Arbeiterwohlfahrt (AWO) eine Broschüre zum Thema herausgegeben hat.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5110&title=allt-gliche-diskriminierung-von-menschen-mit-migrationshintergrund-in-schleswig

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V. (Hg.): Mädchen und Frauen in der extremen Rechten. Baustein zum Einsatz in der Politischen Bildung

17 S., Sachinformation, Broschüre
Nach dem Bekanntwerden der Morde und Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) richtete sich besondere Aufmerksamkeit auf die Rechtsterroristin Beate Zschäpe - nicht zuletzt, weil ihre Beteiligung an den Taten mehr Unverständnis hervorrief als die ihrer männlichen Komplizen. Dass das Bild einer extremen Rechten, die fast ausschließlich von Männern und Männlichkeit geprägt ist, nicht der Realität entspricht, belegen Forschungsarbeiten und Recherchen.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5117&title=m-dchen-und-frauen-in-der-extremen-rechten-baustein-zum-einsatz-in-der-politisch





**Institut für Medienpädagogik Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V. (Hg.):
Themenzentrierte Medienarbeit für Demokratie. Projekte 2008-2011**

Laufzeit: 98,11 Min., Kurzfilm, DVD

Wer ist der Akkordeonspieler, der immer in der Bad Kreuznacher Fußgängerzone steht? Was bedeutet Mobbing für die Betroffenen? Wo gibt es im Landkreis Bad Kreuznach rechtsextreme Phänomene? In medienpädagogischen Projekten haben sich Jugendliche mit unterschiedlichsten Themen auseinandergesetzt.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5120&title=themenzentrierte-medienarbeit-f-r-demokratie-projekte-2008-2011



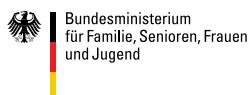
Farrokhzad, Schahrzad/Rütters, Martin: Finanzierung von Projektarbeit für Demokratie, Toleranz und Integration und Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus. Eine Auswahl regionaler und überregionaler Fördermöglichkeiten (hg. v. LAG Pro Ehrenamt)

Köln/Bonn: 2012, 56 S., Sachinformation

Die Broschüre des LAG Pro Ehrenamt informiert über Fördermöglichkeiten von Projekten in den Bereichen Demokratie, Toleranz, Antirassismus und Rechtsextremismusprävention.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5122&title=finanzierung-von-projektarbeit-f-r-demokratie-toleranz-und-integration-und-pr-ve

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS - Integration und Vielfalt“



Aus den Mitgliedsverbänden:**BDAJ-Projekt „BirD - Brücke interreligiöser Dialog“**

Im Projekt „BirD - Brücke interreligiöser Dialog“ arbeiten der Bund der Alevitischen Jugendlichen mit der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB), zwei Jugendverbände mit unterschiedlichem religiösen Hintergrund zusammen. Sie verstehen die Förderung des interreligiösen Dialogs und die gleichzeitige Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Jugendlichen als einen Beitrag zu einer offeneren Gesellschaft, die ein gutes



Zusammenleben aller Menschen in Deutschland ermöglicht, egal welche kulturellen und religiösen Hintergrund sie mitbringen.

Infos:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V.

Geschwister-Scholl-Str. 33-37

44135 Dortmund

Tel: 02 31 / 77 66 08 04

Fax: 02 31 / 77 66 08 03

mail@bird-projekt.de

www.bird-projekt.de

Diversity und interkulturelle Öffnung bei der Beamtenbundjugend

Die Deutsche Beamtenbundjugend hat Ende August zu einem Gespräch über „Diversity“ und interkulturelle Öffnung im öffentlichen Dienst nach Berlin

eingeladen.

dbb-Bundesjugendvorsitzende

Sandra Kothe



und ihr Stellvertreter Sascha Titze begrüßten im dbb forum berlin Dilan Senkaya vom Jugendbeirat der Alevitischen Gemeinde Berlin und IDA-Geschäftsführer Ansgar Drücker. Die dbb jugend sieht Diversity Management als einen ganzheitlichen Ansatz, der sich neben Menschen mit Migrationshintergrund auch auf Frauen und Männer, jung und alt, Menschen mit und ohne Behinderung und verschiedener sexueller Orientierung bezieht. Der Verband, der die Arbeitnehmerseite vertritt, sieht seine Auseinandersetzung mit Diversity und

interkultureller Öffnung als notwendigen Beitrag zu einem attraktiven öffentlichen Dienst, der auch für nachwachsende Generationen mit einem höheren Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv ist. Diskutiert wurden Instrumente wie Quoten oder Zielvorgaben sowie anonyme Bewerbungsverfahren. Entwickelt wurden auch Überlegungen für Informationsveranstaltungen über den öffentlichen Dienst, die gemeinsam mit Migrant_innenjugendselbstorganisationen stattfinden sollen.

Infos:

Deutsche Beamtenbund-Jugend (DBBJ)

Friedrichstraße 169/170

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 40 81 64 70

Fax: 0 30 / 40 81 64 89

Info@DBBJ.de

www.dbbj.de

Engagiert gegen Rechtsextremismus: DJF mit „Wirk-Siegel“ ausgezeichnet!

Die Deutsche Jugendfeuerwehr wurde in Berlin für ihre vorbildliche Arbeit mit dem Wirk-Siegel von PHINEO ausgezeichnet. Das Projekt „Demokratieberater - Feuerwehren im Einsatz für eine starke Gemeinschaft“ qualifiziert Feuerwehrangehörige zu Demokratiepartnern und befähigt junge

Engagierte dazu, demokratiefeindlichem Verhalten selbstbewusst die Stirn zu bieten.

Das gemeinnützige Analysehaus PHINEO überprüfte mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung die Wirksamkeit des Engagements gegen Rechtsextremismus in verschiedenen Organisati-

onen. Dabei ging es um die Frage, was nachhaltig gegen rechtsextreme Einstellungen, Alltagsrassismus, Antisemitismus oder menschenfeindliches Verhalten wirkt: Welche Handlungsansätze sind erfolgsversprechend? Woran erkennt man professionell arbeitende Projekte? Und was sind Best-Practice-Beispiele? Ergebnis der Analyse: Im gesamten Bundesgebiet gibt es ein ausgesprochen vielfältiges und buntes Engagement gegen Rechtsextremismus und für mehr Demokratie! 17 Organisationen, darunter auch die Deutsche Jugendfeuerwehr, erhielten für ihre herausragende Arbeit das „Wirkt-Siegel“.

Infos:

Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF)
Reinhardstr. 25
10117 Berlin
Tel: 0 30 / 28 88 48-0
Fax: 0 30 / 28 88 48-19
info@jugendfeuerwehr.de
www.jugendfeuerwehr.de/2664-O-Engagiert-gegen-Rechts-DJF-mit-Wirkt-Siegel-ausgezeichnet.tml?backbutton=1



Bundeskongress „Unsere Stimme zählt!“ - Migrant_innenorganisationen als Akteure der Zuwanderungsgesellschaft

Ein Bundeskongress von Migrant_innenjungendselbstorganisation fand am letzten August-Wochenende in Berlin statt. Unter dem Motto „Unsere Stimme zählt! Migrant_innenjugendorganisationen als Akteure der Zuwanderungsgesellschaft“ luden die am Projekt 2014 der djo - Deutschen Jugend in Europa beteiligten Organisationen in die Hauptstadt ein. Etwa 200 junge Menschen nutzten die Chance zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Vernetzung, aber auch zur öffentlichkeitswirksamen Präsentation der Bedeutung von Migrant_innenjungendselbstorganisationen. Die Botschaft lautete: „Wir sind Teil dieser Gesellschaft und wollen unseren Beitrag leisten für eine offene, demokratische und tolerante Gesellschaft.“



djo - Deutsche Jugend in Europa
Bundesverband e.V.

Staatssekretärin Zülfiye Kaykin begrüßte die Vertreter_innen in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen im Namen der Landesregierung und wies u. a. auf die Aktivitäten des Landesjugendrings NRW zur interkulturellen Öffnung hin. Prof. Roland Roth verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Anfangsfinanzierung aus dem Projekt 2014 genügend Schwung entfaltet, um Strukturen aufzubauen, die stark genug sind, um eine dauerhafte Mitwirkung der Verbände in der

Jugendverbandsarbeit und der Gesellschaft zu ermöglichen. Ziel des Projektes ist der Aufbau von Geschäftsstellen, die Festigung verbandlicher Strukturen und die Heranführung von Migrant_innenjungendselbstorganisationen an eine Regelförderung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Der Bundeskongress ist eine Kooperation von:

- Amaro Drom e. V.
- Assyrischer Jugendverband Mitteleuropa e. V.
- Deutsche Jugend aus Russland (DJR) e. V.
- Deutscher Bundesjugendring
- djo-Deutsche Jugend in Europa, Bundesverband e. V.
- Jugendverband der Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF-Jugend) e. V.
- Kurdischer Kinder- und Jugendverband
- KOMCIWAN e. V.
- Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) e. V.
- Verband der russischsprachigen Jugend in Deutschland
- JunOst e. V.
- Young Voice (TGD)

Infos:

djo-Deutsche Jugend in Europa
Bundesverband e. V.
Kuglerstraße 5
10439 Berlin
Tel: 0 30 / 44 67 78-0
Fax: 0 30 / 44 67 78-11
djo-bund@t-online.de
www.djo.de

Bundesweite Aktionen, Informationen**Vorläufiger Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses**

Am 22. August 2013 legte der Bundestagsuntersuchungsausschuss seinen Abschlussbericht vor. Darin sind seitenweise Pannen- und Ermittlungsfehler aufgeführt. Die Ausschussmitglieder fällten in seltener, parteiübergreifender Einigkeit ein vernichtendes Urteil: Die deutschen Sicherheitsbehörden haben bei der Fahndung und der Aufklärung der NSU-Morde systematisch versagt. Der Untersuchungsausschuss habe ein flächendeckendes Versagen von Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und politisch Verantwortlichen vorgefunden. Rechtsextremismus sei verkannt und verharmlost worden. Einige der empfohlenen Konsequenzen: Vorliegende Informationen von „länderübergreifender Bedeutung“ sollen künftig an einer zentralen Stelle zusammengetragen werden. Außerdem sollen die Geheimdienste mehr zusammenarbeiten, statt sich abzuschotten. Und

sie müssen besser kontrolliert werden. Deshalb ist die Reform des Verfassungsschutzes ein zentraler Baustein der insgesamt 47 Empfehlungen des Untersuchungsausschusses.

Eine der wichtigsten Empfehlungen des Untersuchungsausschusses, ist künftig bei allen Straftaten, deren Opfer einen Migrationshintergrund haben, auch in die Richtung eines rassistischen bzw. rechtsextremen Hintergrunds zu ermitteln. Außerdem fordert die SPD-Fraktion in ihrem Einzelvotum eine unabhängige Beschwerdestelle, bei der polizeiliches Fehlverhalten gemeldet werden kann.

Infos:

www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/2untersuchungsausschuss/Vorl__ufer_Bericht/Vorl__ufiger_Bericht.pdf

„Schattenbericht“ der TGD zum NSU-Untersuchungsausschuss (TGD und Prof. Hajo Funke)

Die Türkische Gemeinde in Deutschland legt im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Untersuchungsausschussberichtes des Deutschen Bundestag einen eigenen Bericht zur Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sowie der Aufarbeitung der Mordserie auf Bundes- und Landesebene vor. Dieser richtet den Blick insbesondere auch auf die Wahrnehmung der Opferfamilien und spezifischen rassistischen Tendenzen in staatlichen Institutionen. Der Bericht und die daraus geforderten Konsequenzen sollen einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte um Neo-Rassismus in Deutschland leisten.

Infos:

Türkische Gemeinde in Deutschland / Almanya
Türk Toplumunu
Bundesgeschäftsstelle / Genel Merkez
Obentrautstr. 72
10963 Berlin
Tel: 0 30 / 23 63 51 00
Fax: 0 30 / 23 63 55 89

info@tgd.de

www.tgd.de/2013/08/27/tgd-veroeffentlicht-schattenbericht-zum-nsu/

Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch - Handreichung für Journalist_innen

Auf 52 Seiten beleuchtet diese Handreichung für Journalist_innen die Berichterstattung über unterschiedliche Personengruppen und gibt praxisnahe Tipps, wie mensch versehentliche Diskriminierungen vermeiden kann. Sie zeigt auch, wie die vorherrschenden Bilder über Schwarze Menschen, Sinti_e und Roma sowie muslimische Menschen

entstanden sind. Der Leitfaden soll interessierten Journalistinnen und Journalisten dabei helfen, eigene Bilder und Vorgehensweisen zu hinterfragen und so verletzender Sprache keinen Raum zu geben. Dabei klagt der Leitfaden nicht an, sondern gibt Denkanstöße und praktische Handlungsanweisungen.

Infos:

AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/ Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. Integrationsagentur - Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit
Berliner Str. 97-99
51063 Köln
Tel: 02 21 / 96 47 63 00
Fax: 02 21 / 96 49 67 09
info@oegg.de
www.oegg.de/index.php?de_ab-2008

Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus

Die Debatten um das Israel-Gedicht von Günter Grass und die Kolumnen auf Spiegel-Online von Jakob Augstein haben gezeigt, dass die Frage, was in Bezug auf Israel Kritik und was Antisemitismus sei, breite gesellschaftliche Diskussionen auslösen kann. Auch in der politischen Bildungsarbeit und Pädagogik sorgt die Frage, was israelbezogener Antisemitismus ist und was dagegen getan werden kann, bei vielen Beteiligten für Verunsicherung.

Mit dieser Broschüre soll eine Hilfestellung gegeben werden, wie bei der Betrachtung Israels zwischen Kritik und Antisemitismus unterschieden werden kann, was dabei zu beachten ist und wie pädagogische Handlungsmöglichkeiten bei israelbezogenem Antisemitismus aussehen können.

Diese Broschüre ist Teil des Modellprojektes „Israelbezogener Antisemitismus in Ost- und Westdeutschland. Die Broschüre ist eine in weiten Teilen stark überarbeitete Broschüre aus dem Jahr 2012, die innerhalb sehr kurzer Zeit vergriffen war. Der Fokus wurde diesmal noch stärker auf pädagogische Fragestellungen gelegt.

Infos:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstr. 139
10115 Berlin
Tel: 0 30 / 24 08 86 10
Fax: 0 30 / 24 08 86 22
www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israel-2012.pdf

Jugend- und Familienministerkonferenz fasst Beschluss zu Migrant_innenjugend-selbstorganisationen

Am 6. und 7. Juni 2013 fand die jährliche Tagung der Jugend- und Familienministerkonferenz (JMFK) in Fulda statt. Die JMFK ist eine von mehreren Fachminister_innenkonferenzen in Deutschland, die der Zusammenarbeit und der Koordinierung der Länderinteressen dienen. Bei der diesjährigen Jahreskonferenz wurde u.a. ein engagementpolitischer Beschluss zur stärkeren Beteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund an den Angeboten der Jugendarbeit gefasst, da in der Jugendarbeit die „Förderung des ehrenamtlichen bzw. freiwilligen Engagements

junger Menschen im Rahmen selbstorganisierter und partizipativer Strukturen ein wichtiges Anliegen ist“. Neben der interkulturellen Öffnung vorhandener Strukturen stehen die Migrant_innenjugendselbstorganisationen (MJSOs) bzw. die Vereine junger Menschen mit Migrationshintergrund (VJM) im Fokus des Beschlusses.

Infos:

www.jfmk.de/pub2013/TOP_5.4_Staerkere_Beteiligung_junger_Menschen_mit_Migrationshintergrund_an_den_Angeboten_der_Jugendarbeit.pdf

Diskriminierungen im Bildungsbereich und im Arbeitsleben - Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) legt Bericht an den Bundestag vor

In Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie am Arbeitsplatz sind Diskriminierungen weit verbreitet. Das hat Auswirkungen auf den Bildungserfolg, die Leistungsfähigkeit, den Zugang zum Arbeitsleben und die Motivation der Betroffenen, wie der vor dem Bundestag vorgelegte Bericht der Antidiskriminierungsstelle zeigt. „Es ist das erste Mal in Deutschland, dass Benachteiligungserfahrungen bei Bildung und Arbeit derart umfassend untersucht wurden“, sagte Christine Lüders anlässlich der Übergabe. In beiden Bereichen böten sich große Chancen, um auf mehr Vielfalt und Chancengleichheit hinzuwirken, betonte sie. Die Antidiskriminierungsstelle empfiehlt in ihrem Bericht unter anderem die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen an Schulen und Hochschulen, die Betroffenen rasche und niederschwellige Hilfe anbieten. In den Landesbildungsgesetzen müsse außerdem ein umfassender Diskriminierungsschutz verankert werden. Dieser solle die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz genannten Merkmale (ethnische Herkunft,

Religion, Weltanschauung, sexuelle Identität, Alter, Behinderung und Geschlecht) beinhalten, aber darüber hinaus auch Benachteiligungen aufgrund der „sozialen Herkunft“. Im Bereich des Arbeitslebens spricht sich die Antidiskriminierungsstelle unter anderem dafür aus, die Vielfalt in der Belegschaft besser zu fördern, zum Beispiel durch die Nutzung innovativer Rekrutierungsverfahren wie den anonymisierten Bewerbungen. Betriebliche Beschwerdestellen bräuchten außerdem eine bessere Vernetzung und Ausstattung.

Infos:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Glinkastraße 24

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 1 85 55 - 18 55

Fax: 0 30 / 1 85 55 - 4 18 55

poststelle@ads.bund.de

www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2013/Bericht_Bundestag_20130813.html?sessionId=8CBE453DA0COE6ED03257DDD2B295C19.2_cid332

Positionspapier des Netzes gegen Rassismus fordert von der künftigen Bundesregierung mehr Integration und Partizipation statt Stigmatisierung

Angesichts der anstehenden Bundestagswahl und angesichts der Diskussion über die Zuwanderung von Menschen aus Staaten der Europäischen Union nach Deutschland haben die Mitglieder des Netzes Anforderungen an die künftige Bundespolitik formuliert und diese an die bisher im Bundestag vertretenen Parteien übermittelt. Das Netz gegen Rassismus ist überzeugt, dass Bund, Länder und Kommunen die mit der Zuwanderung von Roma aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbundenen Herausforderungen nicht länger ignorieren dürfen. Statt Vorurteile zu schüren, ist eine sachliche und lösungsorientierte Diskussion erforderlich. Ziel muss sein, die bisherige vor allem auf Drittstaatsangehörige ausgerichtete

Integrationspolitik zu erweitern und gleichzeitig Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Zuwanderer aus EU-Staaten nicht länger ausgebeutet, diskriminiert oder stigmatisiert werden.

Infos:

Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte
Koordinierungsstelle:

c/o DGB-Bundesvorstand

Referat Migrationspolitik

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Tel: 0 30 / 2 40 60-342

kontakt@netz-gegen-rassismus.de

www.idaev.de/cms/upload/EU-Zuwanderung-Jun13-Versand.pdf

Gedenkveranstaltung des Europäischen Roma-Jugendnetzwerks ternYpe in Krakau und Auschwitz-Birkenau mit über 400 Jugendlichen

Selten gelingt es, eine rein ehrenamtlich organisierte Veranstaltung mit einem ausführlichen Beitrag in der 20.00 Uhr-Tagesschau zu platzieren. Doch die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Völkermordes an den Sinti und Roma mit über 400 Jugendlichen aus ganz Europa am 2. August weckte die Aufmerksamkeit der Redaktion und richtete das Augenmerk auf die Liquidierung des sogenannten „Zigeunerlagers“ im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau am 2. August 1944. Die aus diesem Anlass zum vierten Mal durchgeführte Erinnerungsinitiative von 30. Juli bis 4. August in Krakau und Auschwitz (Polen) stand unter der Schirmherrschaft von Martin Schulz, des Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Der Veranstalter, das europäische Roma-Jugendnetzwerk TernYpe, verlieh der Forderung nach Anerkennung des 2. August als offiziellem Tag des Gedenkens an den Holocaust der Sinti und Roma (neben dem Tag des Gedenkens an alle Opfer des Nationalsozialismus) Nachdruck. Noch immer sind die Massenmorde während des Zweiten Weltkriegs an der Volksgruppe der Roma und Sinti ein „vergessener Holocaust“. Ziel der Veranstaltung war es auch, junge Roma und Nicht-Roma zu ermutigen, ihre Stimme gegen Antiziganismus und Rassismus zu erheben.

Besonderen Eindruck hinterließ ein Workshop mit dem Holocaust-Überlebenden Zoni Weisz, der vier Tage gemeinsam mit den Jugendlichen verbrachte und am Teich in Birkenau, in dem vermutlich die Asche seiner Familie liegt, eine bewegende Rede hielt: „An diesem wunderschönen sonnigen Tag können wir uns gar nicht vorstellen, wie hart das Leben für unsere Menschen in den Baracken vor 70 Jahren war. Heute stehen wir genau an dem

Ort, an dem so viele unserer Liebsten umgekommen sind. Wir können immer noch nicht begreifen, was das bedeutet.“ Zoni Weisz hatte als erster Sinto am 27. Januar 2011 im Deutschen Bundestag anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen.

In Reflexionsgruppen wurden die sehr emotionalen Erfahrungen beim Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz aufgearbeitet. Eine teilnehmende Romni aus Hannover sagte vor Ort der ARD: „Als mir eben gerade die Namensliste (der umgekommenen Sinti und Roma) vor Augen kam, war es wie ein Stich ins Herz.“ Das Wissen vieler Jugendlicher, viele davon aus vom Holocaust betroffenen Familien, zu einer Opfergruppe des Nationalsozialismus zu gehören, blieb jedoch nicht auf Trauer und Wut beschränkt. Von der Veranstaltung ging auch ein ermutigendes Signal gegen Diskriminierung und Rassismus aus. Spürbar waren eine selbstbewusste Haltung und der feste Wille der jungen Roma und ihrer Freundinnen und Freunde, es nie wieder so weit kommen zu lassen. Die Veranstaltung stand denn auch unter dem Motto „Dik i na bistar - Look and don't forget“ - Schau hin und vergiss nicht.

Weitere Programmpunkte waren eine öffentliche Konferenz in der Pädagogischen Universität Krakau, ein Kulturabend im Jüdischen Museum Galizien und mehrere weitere Workshopangebote, die auch der Vernetzung der jungen europäischen Roma dienten.

Infos:

www.romareact.org, www.2august.eu

www.facebook.com/DikINaBistarLookAndDontForget

twitter: #dikinabistar

Fotoausstellung „BITTE ÖFFNEN. Kisten des Könnens von Flüchtlingen“

Die Ausstellung „Bitte Öffnen. Kisten des Könnens von Flüchtlingen“ wurde im Foyer der Arbeitsagentur Mainz eröffnet. Dort wird sie bis zum 13. September zu sehen sein.

Die Ausstellung zeigt Flüchtlinge und Bleiberechtigte aus Rheinland-Pfalz mit ihren Qualifika-

tionen, Wünschen und Hoffnungen. Die Botschaft dieser Ausstellung lautet: Jeder Flüchtling hat aufgrund seiner Lebensgeschichte eine Kiste an wertvollen Fähigkeiten mitgebracht.

Die Fotoausstellung „BITTE ÖFFNEN“ entstand im Projekt „InProcedere - Bleiberecht durch

Arbeit“ und wird von Ludwigshafen aus zunächst durch mehrere Regionen in Rheinland-Pfalz und dann in weitere Bundesländer wandern. Sie stellt acht Menschen vor, die aus ihrem Ursprungsland geflohen sind und in Deutschland eine neue Heimat gefunden haben. Lebensgroße Porträts zeigen die Personen mit ihrer Kiste des Könnens, einem grünen Würfel als Symbol dafür, was sie alles an Wissen und Fähigkeiten bereits mitgebracht und was sie hier in Deutschland dem noch hinzugefügt haben.

Infos:
InProcedere - Bleiberecht durch Arbeit
ism e.V. - Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.
Johanna Diehl
Augustinerstraße 64-65
55116 Mainz
Tel: 0 61 31 / 9 06 18 10
johanna.diehl@ism-mainz.de
www.inprocedere-rlp.de

Wahlcheck mit Wahl-Navi der Initiative „DeutschPlus“ zur Bundestagswahl 2013

Welche Partei vertritt welche Haltung zu Integrations- und Migrationsfragen? Kurz vor der Bundestagswahl bietet die Website www.wahlnavi.de von DeutschPlus e.V. und MiGAZIN Wähler_innen, die sich für das Themenfeld Integration und Migration interessieren, eine Orientierungshilfe. Das WahlNavi stellt dabei Parteiensaussagen aus den Wahlprogrammen vergleichend gegenüber und zeigt den Usern ihre persönliche Wahlpräferenz. Die Initiative wird gefördert von der Stiftung Mercator, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Allianz Kulturstiftung.

Nach der Beantwortung von 20 relevanten Thesen von doppelter Staatsbürgerschaft bis zum Grundrecht auf Asyl erhält der Nutzer auf www.wahlnavi.de eine persönliche Parteienpräferenz in Prozentzahl. Verglichen werden dabei die Fraktionen im Bundestag: CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke. Das WahlNavi fragt dabei nach Zustimmung zu oder Ablehnung von Thesen wie „Asylbewerber sollen leichter einer regulären Arbeit nachgehen können“ oder „Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst sollen anonymisiert werden“.

Die Thesen des WahlNavi bauen auf einer unabhängigen Studie auf, die jüngst von Timo Lochocki, Politikwissenschaftler an der Humboldt-

Universität Berlin, erstellt wurde. Die von der Stiftung Mercator geförderte Studie gibt einen zusammenfassenden Überblick über die verschiedenen Positionen und Forderungen der Parteien auf bundesdeutscher Ebene zu Migrations- und Integrationspolitik. Der Autor beschreibt dabei einen zunehmenden Konsens der Parteien in wesentlichen Fragen der Migrations- und Integrationspolitik. Auch die Grundstimmung in der Bevölkerung sei ungeachtet ebenfalls geführter Ausgrenzungsdiskurse in Integrationsfragen im europäischen Vergleich relativ positiv. Diese Situation sollte genutzt werden, um eine moderne und progressive Integrations- und Zuwanderungspolitik umzusetzen. Um das Aufkommen von Anti-Immigrationsparteien wie in anderen europäischen Ländern zu verhindern, sollten die deutschen Parteien das Thema Integration und Zuwanderung als nationale und v. a. parteiübergreifende Zukunftsfrage betrachten und aus der parteipolitischen Auseinandersetzung heraushalten.

Infos:
DeutschPlus e. V. - Initiative für eine plurale Republik
info@deutsch-plus.de
www.deutsch-plus.de

Fortbildungsreihe „Vielfalt_Macht_Schule“ startet im Schuljahr 2013/14 in mehreren Bundesländern

Die Fortbildungsreihe qualifiziert Pädagog_innen aus dem Berufsfeld Schule praxisbegleitend im Themenfeld Rechtsextremismus und richtet sich an Teilnehmer_innen, die ihr eigenes Handeln gegen Rechtsextremismus im Arbeitsfeld Schule professionalisieren möchten. Schwerpunkt der Qualifizierung liegt auf dem Zusammenhang von Rechtsextremismus und Geschlecht und den Möglichkeiten von geschlechterreflektierender Pädagogik für die Prävention von Rechtsextremismus an der Schule. Nicht nur, weil Rechtsextreme an der Schule präsent sind, ist die Schule ein zentrales Feld, um rechtsextremen Orientierungen und Erscheinungsformen zu begegnen und ihr durch eine Kultur der Demokratie und der Vielfalt präventiv vorzubeugen. Denn die Schule ist einer der wenigen Orte, der nahezu alle Jugendlichen erreicht - und damit Menschen in jenem Alter, in

dem sie sich am häufigsten dem Rechtsextremismus zuwenden. Rechtsextremismusprävention ist inzwischen in vielen Schulen angekommen. Noch zu selten jedoch wird eine geschlechterreflektierende Perspektive im Rahmen der Präventionsarbeit eingenommen. Diesen Zugang greift das Projekt auf und ermöglicht damit neue Perspektiven für die pädagogische Rechtsextremismusprävention an der Schule.

Infos:

Dissens - Institut für Bildung und Forschung e. V.
Vivien Laumann

Allee der Kosmonauten 67
12681 Berlin

Tel: 0 30 / 54 98 75 51

vivien.laumann@dissens.de

anmeldung@vielfaltmachtschule.de

www.vielfaltmachtschule.de

Landesjugendring NRW fordert: Kinderrechte für alle!

Seit der EU-Osterweiterung von 2007 leben viele aus Bulgarien und Rumänien stammende Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen in prekären Verhältnissen. Die Grundrechte der UN-Kinderrechtskonvention wie das Recht auf Gesundheit und Bildung werden vernachlässigt und verletzt. Der Landesjugendring fordert Verantwortliche, Politikerinnen und Politiker in NRW dazu auf, sich den Lebenslagen anzunehmen und faire Chancen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

In einigen Kommunen in NRW werden Kinder und Jugendliche trotz Minderjährigkeit und bestehender Schulpflicht nicht beschult. Der Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen oder zur Zahnprophylaxe ist nicht selbstverständlich vorhanden. Familien, die mit der EU-Osterweiterung nach Deutschland zugewandert sind, leben in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen und haben kaum bis gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheits- und zum Bildungssystem. „Die Situation der Kinder und Jugendlichen, die

von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, ist nicht weiter hinnehmbar, deshalb fordern wir eine drastische Verbesserung der Lebensumstände von allen in Nordrhein-Westfalen lebenden Minderjährigen, unabhängig ihres familiären Hintergrundes und ihrer Herkunft“, so Roland Mecklenburg, Vorsitzender des Landesjugendrings NRW. Die kürzlich beschlossene Stellungnahme des Landesjugendrings NRW zeigt den politischen Handlungsbedarf auf und fordert Modifikationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Freizeit. Die Stellungnahme ist als pdf-Dokument auf der Webseite verfügbar.

Infos:

Landesjugendring NRW

Sternstraße 9 - 11

40479 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 49 76 66-0

Fax: 02 11 / 49 76 66-29

info@ljr-nrw.de

www.ljr-nrw.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/2013_Beschluss_EU_Neubuerger.pdf

Veranstaltungen für Lehrkräfte. Unterrichtsmaterialien für das globalisierte Klassenzimmer - Eine Einführung in den pädagogischen Umgang mit „gesellschaftlicher Diversität“

Wie begehen islamische Verbände den Tag der Deutschen Einheit? Wie soll mit kulturellen und religiösen Unterschieden umgegangen werden? Was bewegt Jugendliche in Duisburg, Mannheim oder Hamburg-Wilhelmsburg am Nahostkonflikt? Dies sind nur einige der Fragen, die sich im Unterricht im globalisierten Klassenzimmer aufgreifen lassen.

Die Lehrer-Veranstaltung führt in Inhalte und Methoden von innovativen Unterrichtsmaterialien ein, die im Projekt „Zwischentöne - Unterrichtsmaterialien für das globalisierte Klassenzimmer“ am Georg-Eckert-Institut - Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig entstanden sind. Einzelne Beispiele werden vorgestellt. Die Materialien für den Geschichts-, Politik- und Ethik-/Religionsunterricht beschäftigen sich mit zahlreichen Aspekten kultureller und religiöser Vielfalt und regen zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Unterschieden an. Inhaltlich geht es um Themen aus der deutschen Politik und Geschichte, aber auch um Geschlechterrollen, Wertvorstellungen und Kleiderregeln.

Die Unterrichtsmodule zielen darauf, unter Schüler_innen der Sekundarstufe I und II (ab Klasse 8) ein Bewusstsein für die Normalität von gesellschaftlicher Diversität zu fördern und entsprechende Handlungskompetenzen im Umgang mit Differenz zu stärken. Über die Thematisierung von Pluralismus und Differenz knüpfen die Materialien unmittelbar an die Lebenswelten und biographischen Erfahrungen von Schüler_innen

an und machen diese im Unterricht sichtbar. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen muslimischen Perspektiven und Biographien als Teil der deutschen Geschichte und Gegenwart. Gleichwohl geht es nicht um eine Fokussierung auf Muslime und Thematiken mit Bezug zum Islam per se, sondern um eine exemplarische Annäherung an Lebenswelten und Orientierungen in der Migrationsgesellschaft Deutschlands.

Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch über Themen, Methoden und Quellenmaterial, die von den Teilnehmenden bereits erfolgreich im Unterricht verwendet wurden, um Diversität sichtbar und Multiperspektivität erfahrbar zu machen. Das Feedback und die Anregungen der Teilnehmenden werden in die Überarbeitung und Weiterentwicklung der Materialien einfließen.

Infos:

Abteilung „Schulbuch und Gesellschaft“

Dr. Götz Nordbruch

Georg-Eckert-Institut - Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung

Celler Straße 3

38114 Braunschweig

Tel: 05 31 / 12 31 03-223

Fax: 05 31 / 5 90 99 99

nordbruch@gei.de

www.suche.lehrerfortbildung.schulministerium.nrw.de/search/catalog;jsessionid=935BCF0D0B7F8F329093B75AB7FD1620?id=52

Literatur und Materialien zum Thema...**Rechtsextremismus**

Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013 R

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Berlin: Christoph Links, 2013

Seitenbecher, Manuel: Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Paderborn/München/Wien u. a.: Ferdinand Schöningh, 2013

Vorgänge e. V. in Zusammenarbeit mit der Humanistischen Union, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative (Hg.): vorgänge 201/202. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Schwerpunkt: „Verfassungsschutz in der Krise?“ 52. Jg., Hefte 1/2, Juli 2013, Berlin: Humanistische Union, 2013

Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

Aktion Courage e. V., Bundeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (Hg.): Themenheft „Rassismus. Erkennen & Bekämpfen“, Berlin 2013

Ambros, Peter: Das wortreiche Schweigen (Literaturbibliothek Ariadne), Hamburg: Argument, 2013

Bender, Saskia-Fee/Schmidbaur, Marianne/Wolde, Anja (Hg.): Diversity ent-decken. Reichweiten und Grenzen von Diversity Policies an Hochschulen (Diversity und Hochschule), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2013

Benz, Wolfgang: Ansturm auf das Abendland? Zur Wahrnehmung des Islam in der westlichen Gesellschaft (Wiener Vorlesungen im Rathaus, Bd. 170), Wien: Picus, 2013

Benz, Wolfgang: Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet (beck'sche reihe), München: C. H. Beck, 2012

Bildungsstätte Anne Frank e. V. (Hg.): Weltbild Antisemitismus. Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt a. M. 2013

Bundesministerium des Innern im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (Hg.): Tagungsband „Muslimfeindlichkeit - Phänomen und Gegenstrategien“. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin, Berlin 2013

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft „Deradikalisierung“, 63. Jg., 29-31/2013, Bonn 2013

Debus, Tessa/Kreide, Regina/Krennerich, Michael u. a. (Hg.): Zeitschrift für Menschenrechte/journal for human rights. Thema: Menschenrechte und Europa, 7. Jg., Nr. 1/2013, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013

Diallo, Oumar/Zeller, Joachim (Hg.): Black Berlin. Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart, Berlin: Metropol, 2013

Globisch, Claudia: Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS, 2013

Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden (Konflikt- und Gewaltforschung), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2013

Interkultureller Rat in Deutschland e. V. (Hg.): Internationale Wochen gegen Rassismus 11.-24. März 2013. Dokumentation, Darmstadt 2013

Mansel, Jürgen/Spaiser, Viktoria: Ausgrenzungsdynamiken. In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwerten (Konflikt- und Gewaltforschung), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2013

Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus u. a. (Hg.): Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung, Wiesbaden: Springer VS, 2013

Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar/Melter, Claus u. a. (Hg.): Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive, Wiesbaden: Springer VS, 2013

Tellia, Bruno/Löffler, Berthold: Deutschland im Werte-Dilemma. Kann der Islam wirklich zu Europa gehören? München: Olzog, 2013

Trisch, Oliver: Der Anti-Bias-Ansatz. Beiträge zur theoretischen Fundierung und Professionalisierung der Praxis (Von Antidiskriminierung zu Diversity und Inklusion - Wissenschaft und Praxis im Dialog, Bd. 1), Stuttgart: ibidem, 2013

NS-Vergangenheit

Pastoor, Ulrike/Wrochem, Oliver von im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.): NS-Geschichte, Institutionen, Menschenrechte. Bildungsmaterialien zu Verwaltung, Polizei und Justiz (Neuengammer Kolloquien, Bd. 3), Berlin: Metropol, 2013

Sabrow, Martin/Frei, Norbert (Hg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945 (Geschichte der Gegenwart, Bd. 4/Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 14), Göttingen: Wallstein, 2012

Zuwanderung und Migration

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Deutschland, öffne dich! Willkommenskultur und Vielfalt in der Mitte der Gesellschaft verankern, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2012

Bluche, Lorraine/Gerbich, Christine/Kamel, Susan u. a. (Hg.): NeuZugänge. Museen, Sammlungen und Migration. Eine Laborausstellung (Kultur- und Museumsmanagement), Bielefeld: transcript, 2013

Migrationsgesellschaft und Migrationspädagogik

Achour, Sabine: Bürger muslimischen Glaubens. Politische Bildung im Kontext von Migration, Integration und Islam (Wissenschaft), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013

Bertels, Ursula/Bußmann, Claudia: Handbuch interkulturelle Didaktik (Gegenbilder, Bd. 8), Münster/New York/München u. a.: Waxmann, 2013

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „Integration, Diversity, Inklusion“, 35. Jg., Heft 3/2013, Weinheim: Beltz Juventa, 2013

Schür, Stephanie: Umgang mit Vielfalt. Integrative und Inklusive Pädagogik, Interkulturelle Pädagogik und Diversity Management im Vergleich (Klinkhardt forschung), Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 2013

Schuster, Silke: Interkulturelle Bildung. Die Bedeutung natio-ethno-kultureller Zuschreibungen in der Erwachsenenbildung, Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress, 2013

Verband für Interkulturelle Arbeit e. V. (VIA) (Hg.): VIA Magazin. Themenheft „Grüne“ Vielfalt. Natur- und Umweltschutz als Integrationsfeld, Ausgabe Nr. 3-XIII-13, Mai 2013, Duisburg 2013

Jugendarbeit und Jugendhilfe

Beirat Jungenpolitik (Hg.): Jungen und ihre Lebenswelten - Vielfalt als Chance und Herausforderung, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2013

Erben, Friedrun/Schlottau, Heike/Waldmann, Klaus (Hg.): Praxishandbuch „Wir haben was zu sagen!“ Politische Bildung mit sozial benachteiligten Jugendlichen. Subjektorientierung - Anerkennung - Partizipation, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013

Farin, Klaus für das Archiv der Jugendkulturen e. V. (Hg.): Jugend in Neukölln, Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag KG, 2012

Thomas, Peter Martin/Calmbach, Marc (Hg.): Jugendliche Lebenswelten. Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft, Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum, 2013

Seminare und Tagungen

Salonfähig, trittsicher - Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in Europa

Termin: 20.-21. September 2013

Ort: Arnoldshain

Infos:

Evangelische Akademie Frankfurt (Arnoldshain)

Ole Jantschek

Am Eichwaldsfeld 3

61389 Schmitten

Tel: 0 60 84 / 95 98-0

Fax: 0 60 84 / 95 98-138

office@evangelische-akademie.de

www.evangelische-akademie.de/tagungen.html

IDA-Fachtag: „NSU-Morde - und alles bleibt so, wie es ist?“ - Gesellschaftliche und politische Konsequenzen aus den NSU-Morden für Jugendverbände und die rassismuskritische Bildungsarbeit

Termin: 08. Oktober 2013

Ort: Hannover

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-61

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

info@idaev.de

www.idaev.de/aktuelles/veranstaltungen/fachtag-nsu-morde.html

Seminar „Sie müssen leider draußen bleiben!!!“ Wie sich Sozialrassismus und Ausgrenzung auswirken, und was dagegen zu tun ist

Termin: 08. Oktober 2013

Ort: Düsseldorf

Infos:

DGB-Bildungswerk NRW e. V.

Bismarckstr. 77

40210 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 17 52 32 10

Fax: 02 11 / 17 52 31 61

info@dgb-bildungswerk-nrw.de

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Veranstaltungen für Lehrkräfte. Unterrichtsmaterialien für das globalisierte Klassenzimmer - Eine Einführung in den pädagogischen Umgang mit „gesellschaftlicher Diversität“

Termin: 11. Oktober 2013

Ort: Bochum

Infos:

Abteilung „Schulbuch und Gesellschaft“

Dr. Götz Nordbruch

Georg-Eckert-Institut - Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung

Celler Straße 3

38114 Braunschweig

Tel: 05 31 / 12 31 03-223

Fax: 05 31 / 5 90 99 99

nordbruch@gei.de

www.suche.lehrerfortbildung.schulministerium.nrw.de/search/catalog;jsessionid=935BCF0DOB7F8F329093B75AB7FD1620?id=52

Workshop für Multiplikator_innen: Selbstbestimmungsrecht junger Migrantinnen - gegen Zwangsverheiratung und andere familiäre Gewalt

Termin: 11. Oktober 2013

Ort: Köln

Infos:

Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung - agisra e. V.
Martinstr. 20a

50667 Köln (Heumarkt)

Tel: 02 21 / 12 40 19 / 1 39 03 92

Fax: 02 21 / 9 72 74 92

info@agisra.org

agisra.org

Jüdisches Leben heute in Deutschland - Wirklichkeit und Konstruktion

Termin: 06. November 2013

Ort: Frankfurt a. M.

Infos:

Pädagogisches Zentrum
Fritz Bauer Institut & Jüdisches Museum Frankfurt

Manfred Levy

Seckbacher Gasse 14

60311 Frankfurt am Main

Tel: 0 69 / 21 27 42 37

Manfred.Levy@stadt-frankfurt.de

www.pz-ffm.de

Fachtagung „Migrant_innenorganisationen im Spiegel der Generationen“

Termin: 08.-09. November 2013

Ort: Dortmund

Infos:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
(BBE)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

Tel: 0 30 / 6 29 80-11 0

Fax: 0 30 / 6 29 80-15 1

tagungsbuero@b-b-e.de

www.b-b-e.de/aktuelle-meldungen/20428-save-the-date-migrantenorganisationen-im-spiegel-der-generationen/

Praxisreflexion zu Weißsein „Kann es denn rassistisch sein, wenn ich es nicht rassistisch meine?“

Termin: 16.-17. November 2013

Ort: Berlin

Infos:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Tel: 0 30 / 4 43 10-452

weiterbildung@rosalux.de

www.rosalux.de/event/47909/kann-es-denn-rassistisch-sein-wenn-ich-es-nicht-rassistisch-meine.html

Intensivseminar Rassismuskritik - Aufbautraining zum Thema Rassismus

Zeit: 22.-24. November 2013

Ort: Appenhof, Rothschnberg

Infos:

Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle
Bildung Sachsen e.V.

Schützengasse 18

01067 Dresden

Handy: 0174 / 8 03 22 76

kontakt@pokubi-sachsen.de

www.pokubi-sachsen.de/training/blickpunkt-rassismus/weiterfuehrende-angebote/

Islamophobie - Entwicklung und Erschei- nungsformen

Termin: 27. November 2013

Ort: Frankfurt a. M.

Infos:

Pädagogisches Zentrum

Fritz Bauer Institut & Jüdisches Museum Frank-
furt

Dr. Türkan Kânbiçak

Seckbacher Gasse 14

60311 Frankfurt am Main

Tel: 0 69 / 21 27 42 37

Turkan.Kanbicak@stadt-frankfurt.de

www.pz-ffm.de

Berufsbegleitende Mediationsausbildung in interkulturellen Kontexten von Jugendarbeit, Schule und Sozialarbeit

Termin: Dezember 2013 bis Februar 2015

Ort: Institut für Jugendarbeit Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit

Ina Benigna Hellert

Germeringer Str. 30

82131 Gauting

Tel: 0 89 / 89 32 33-18

hellert@institutgauting.de

www.institutgauting.de/seminare/mediation-in-interkulturellen-kontexten/

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Karima Benbrahim

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952